

International

Reform des UNO-Sicherheitsrats

«Wir wollen mit am Tisch sitzen, nicht nur auf der Agenda stehen»

Brasiliens ehemaliger Aussenminister Celso Amorim sagt, seinem Land stehe ein ständiger Sitz im UNO-Sicherheitsrat zu. Er warnt, dass das Gremium ohne eine Erweiterung bald irrelevant werde.

Mit Celso Amorim sprach
Christof Mürger in Zürich

Sie fordern für Brasilien einen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat. Weshalb?

Sicherheit ist heute etwas anderes als 1945, als die UNO und damit der Sicherheitsrat mit den fünf ständigen Mitgliedern gegründet wurde, die zudem über ein Vetorecht verfügen (USA, Frankreich, Grossbritannien, Russland, China; die Red.). Damals sprach man von Konflikten zwischen Nationen, heute aber gibt es mehr innerstaatliche Konflikte. Dieser Realität muss die Struktur des Gremiums angepasst werden. Auch werden heute HIV oder Klima- und Umweltfragen im Sicherheitsrat diskutiert. Und diese Risiken betreffen uns direkt. Deshalb wollen wir mit am Tisch sitzen und nicht nur auf der Agenda stehen.

Was würden Sie als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat ändern?

Wir wollen den Sicherheitsrat demokratischer machen. Es soll mehr öffentlich diskutiert werden und weniger geheime Absprachen geben so wie bei den Iran-Sanktionen. Russland hat dabei nur kooperiert, weil gewisse russische Firmen weiter mit dem Iran handeln dürfen.

Aber eine Vetomacht wie Russland wird genau deshalb die Erweiterung des Sicherheitsrats blockieren.

Dann dürfte er bald irrelevant werden. Denken Sie an die jahrelangen UNO-Sanktionen, die gegen Libyen bis 2003 in Kraft waren. Ab einem gewissen Zeitpunkt hat sich kaum ein afrikanisches Land mehr daran gehalten. Das zeigt, dass der Sicherheitsrat nicht mehr repräsentativ ist. Wenn er gegen ein Land unserer Region Sanktionen verhängen möchte, wollen wir mitreden.

Ist es möglich, den Sicherheitsrat auszubauen, obwohl das Veto eines ständigen Mitglieds droht?

Frankreich und Grossbritannien haben sich bereits für eine Erweiterung ausgesprochen. Sie wissen, dass sie ihren permanenten Sitz nur retten können, wenn der Rat jetzt ausgebaut wird. Geschieht das erst in 20 Jahren, wird es nur noch einen ständigen Sitz für Europa geben. Am meisten Widerstand leistet China. Zudem verlangen die Afrikaner mehrere Sitze. Diese Maximalforderung blockiert jede Reform. Trotzdem muss man der Geschichte helfen, sich zu entfalten.

Wann erwarten Sie, dass der Sicherheitsrat reformiert wird?

Vor drei Jahren hätte niemand gedacht, dass die G-20 bald viel wichtiger ist als die G-8. Dann kam 2008 die Finanzkrise, und alles ging schnell. Vielleicht brauchen wir eine tiefe Krise, die uns zeigt, dass das alte System nicht mehr genügt. Ich dachte, die Umwälzungen in der arabischen Welt könnten diese Krise sein.

Was hätte Brasilien als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat zu bieten?

Uns steht dieser Sitz zu, das wäre kein Gefallen, den man uns machen würde! Aber wir würden uns für ausgehandelte Lösungen einsetzen. Ein Beispiel dafür war das Teheraner Abkommen vom Mai 2010. Dabei willigten die Iraner ein, 1200 Kilogramm schwach angereichertes Uran in der Türkei zu lagern; dafür sollten sie 120 Kilogramm höher angereichertes Uran für ihren medizinischen Forschungsreaktor erhalten. Dieser Tausch bot eine Lösung im Atomstreit, weil es die Tatsache - aber nicht das Recht - anerkannte, dass der Iran Uran angereichert hat. Das werden die Iraner auch nicht aufgeben.



Brasilien will immer mitreden: Der Sicherheitsrat berät Ende März über Sanktionen gegen Libyen. Foto: Chris Hondros (Getty Images)

Wollte sich Brasilien nicht einfach als guter Krisenmanager beweisen?

Der Deal war nicht unsere Idee. Und wir haben uns auch nicht aufgedrängt zu verhandeln, sondern wurden dazu ermutigt, vor allem von den USA.

Weshalb ist das Abkommen trotzdem gescheitert?

Fragen Sie die Amerikaner, zumal die Idee für das Tauschabkommen aus dem Westen kam. Aber ich habe meine Theorie: Die USA kritisierten, dass der Iran auf eigenem Territorium weiterhin Uran anreichern werde. Es war jedoch keine Vorbedingung, dass der Iran diese Produktion einstellt. Aber wir hätten auch dafür eine Lösung gefunden, denn es gelang uns, Vertrauen aufzubauen. Unser Fehler war, dass wir Erfolg hatten.

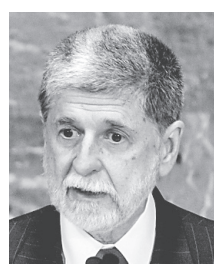
Was meinen Sie damit?

Vielleicht war der Erfolg nicht geplant. Vielleicht wollte man nur zeigen, dass nicht einmal die Brasilianer und die Türken, die mit dem Iran befreundet sind, eine Vereinbarung erzielen können. Aber die Iraner haben eingewilligt.

Weshalb vermittelt Brasilien so gut?

Wir haben 10 Nachbarn und seit 140 Jahren keinen Krieg mehr mit ihnen. Wir haben im Umgang mit Venezuela und

Celso Amorim



Der 69-Jährige war von 2003 bis 2011 brasilianischer Aussenminister in der Regierung von Präsident Lula da Silva. Zuvor war Celso Amorim Botschafter bei der UNO in New York und bei der Welthandelsorganisation (WTO). Ausserdem vertrat er sein Land in Grossbritannien. 2009 ernannte ihn das US-Magazin «Foreign Policy» zum «besten Aussenminister der Welt». Kürzlich war Amorim in Zürich zu Gast am International Security Forum, das von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH organisiert wurde. (chm)

Kolumbien oder in Haiti bewiesen, dass wir auf den Dialog setzen. Dabei wecken wir weniger Misstrauen als andere. Stefan Zweig stellte in seinem Buch «Brasilien: Ein Land der Zukunft» erstaunt fest, dass der brasilianische Nationalheld kein General ist, sondern ein Diplomat, Baron von Rio Branco, der alle Grenzkonflikte friedlich löste.

US-Präsident Barack Obama unterstützt die indische Kandidatur für einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat. Indien gehört wie Brasilien zu den Bric-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China. Weshalb reicht ein Bric-Vertreter nicht?

Ich freue mich, dass Obama Indien unterstützt. Die USA gestehen damit ein, dass der Sicherheitsrat auch mit Entwicklungsländern erweitert werden muss. Wir unterstützen Indien ebenso. Man kann aber nicht drei asiatische Länder - falls Japan noch dazukommt - aufnehmen und keines aus Lateinamerika und Afrika. Mindestens fünf neue ständige Mitglieder werden dazukommen.

Wer neben Indien und Brasilien?

Deutschland, Japan und zwei afrikanische Länder. Dann ein arabischer Staat. Ein guter Kandidat wäre Ägypten, ein muslimisches Land, das demokratischer wird. Unklar ist, weshalb Obama Indien unterstützt, nicht aber Brasilien.

Haben Sie eine Erklärung?

Brasilien und Indien sind ähnlich: beides Demokratien, beides multikulturelle Länder. Indien hat eine viel grössere Bevölkerung, Brasilien ein viel grösseres Territorium. Das macht uns wegen der Regenwälder wohl zur ökologischen Weltmacht. Doch der wichtigste Unterschied ist: Indien hat die Atombombe.

Helfen die USA deshalb Indien?

Nein, aber Obama hätte die indische Bombe in seine Überlegungen einbezogen müssen. Ich bezweifle, dass er sich bewusst war, was für ein unglückliches Signal er aussandte. Ich vermute - und ich sage das nur, weil ich nicht mehr in der Regierung bin -, dass die USA Indien unterstützen, um ein geopolitisches

Gegengewicht zu China herzustellen. In unserer Region haben die USA dagegen keine grossen Gegenspieler.

Wäre Brasilien bereit, den Bau der Atombombe anzukündigen, um der Forderung nach dem Sitz im Sicherheitsrat Nachdruck zu verleihen?

Nein. Wir haben den Bau von Atomwaffen in unserer Verfassung verboten. Aber andere Länder könnten solche Überlegungen anstellen. Unser grosses Kapital ist der Frieden in unserer Region. Selbst die Rivalität mit Argentinien beschränkt sich heute auf den Fussball.

Spielt bei den USA noch irgendwie die Monroe Doktrin eine Rolle, wonach sie keine zweite Grossmacht in ihrer Hemisphäre dulden?

Im Unterbewusstsein haben die Amerikaner wohl Mühe, dass in Lateinamerika, was sie einst ihren Hinterhof nannten, eine neue Macht entsteht. Aber die USA sind ambivalent. Sie sind auch dankbar, wenn Brasilien hilft, die Spannungen mit Venezuela oder jene zwischen Ecuador und Kolumbien abzubauen.

Die Regierung Ihrer Präsidentin Dilma Rousseff hat kürzlich einer UNO-Resolution zugestimmt, welche die Menschenrechtsverletzungen im Iran kritisiert. Hat Brasilien heute eine USA-freundlichere Politik?

Ich hätte der Resolution wohl nicht zugestimmt. Aber ich respektiere die Einschätzung der Regierung Rousseff. Damit hat sich unsere Politik gegenüber dem Iran jedoch nicht geändert. Auch während meiner Amtszeit unter Präsident Lula forderten wir aktiv die Einhaltung der Menschenrechte im Iran. Der Entscheid, der UNO-Resolution zuzustimmen, war rein taktisch motiviert.

Taktisch in dem Sinn, dass Brasilien die Unterstützung der USA für den ständigen Sitz gewinnen will?

Nein, ich erwarte keine Änderung in unserer Politik gegenüber den USA. Wir kooperieren eng, was Haiti oder Venezuela betrifft. Der ständige Sitz im Sicherheitsrat ist nicht das alleinige Ziel, das unsere Aussenpolitik bestimmt.

Aufstieg zur Weltmacht

Ist Gott wirklich ein Brasilianer?

In jüngster Zeit mehren sich die Warnungen, der Koloss in Südamerika solle nicht überheblich werden.

Von Sandro Benini, Mexico City

Früher hiess es in Brasilien: «Brasilianer, von Beruf: Hoffnung.» Das waren die Zeiten, als das Land trotz seines unerschöpflichen natürlichen Reichtums von Krise zu Krise taumelte. Als es bei internationalen Investoren als finanzpolitischer Halodri galt und seine Wirtschaft stets Gefahr lief, unter horrenden Inflationsraten zusammenzubrechen. Die Voraussetzung für die Wende schuf Fernando Henrique Cardoso, Staatspräsident von 1995 bis Ende 2002. Unter seinem Nachfolger Lula erlebte Brasilien dann den Aufstieg zur ökonomischen Weltmacht: glänzende Wachstumsraten, eine sich rapide vergrössernde, konsumfreudige Mittelschicht, 30 Millionen weniger Arme. Auch international tritt das Land selbstbewusst auf. Es gebärdet sich als Lateinamerikas Führungsnation und fordert einen festen Sitz im UNO-Sicherheitsrat (siehe Interview). Der Spruch, der das Bewusstsein des heutigen Brasilien charakterisiert, lautet: «Gott ist Brasilianer.»

In jüngster Zeit mehren sich indes die Warnungen, der südamerikanische Koloss solle bloss nicht überheblich werden. «Viele brasilianische Wirtschaftsfunktionäre wirken selbstgefällig und glauben, der Rest der Welt habe mehr von Brasilien zu lernen als umgekehrt», schreibt die britische Zeitschrift «Economist». Die Skeptiker weisen auf ökonomische Schwierigkeiten hin, die verglichen mit früher allerdings harmlos anmuten: Die Konjunktur ist überhitzt, die Jahresinflation liegt bei gut 6 Prozent, das rasant wachsende Kreditvolumen hat in einigen Bereichen spekulatives Niveau erreicht.

Schlechte Primarschulen

Trotz der zukunftsreichen Euphorie, die viele der 190 Millionen Brasilianerinnen und Brasilianer erfasst hat, bestehen daneben grundsätzliche Probleme. Da ist vor allem die wachsende Abhängigkeit vom Agrar- und Rohstoffsektor. Waren im Jahre 2000 noch 22 Prozent der brasilianischen Exporte Rohstoffe, so liegt ihr Anteil heute bei 46 Prozent. Im selben Zeitraum ist die Quote verarbeiteter industrieller Erzeugnisse von 58 auf 38 Prozent gefallen. Sollten die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt einbrechen, wären die Folgen für Brasilien gravierend.

Die Stärke der Landeswährung Real hat zu einer derartigen Importschwemme geführt, dass Analysten bereits vor einer «Deindustrialisierung» warnen. Hinzu kommen die marode Infrastruktur, die Korruptionsanfälligkeit des öffentlichen Sektors, das schlechte Bildungswesen, die hohe Kriminalität. Laut dem neusten WEF-Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit liegt Brasilien bezüglich Qualität seiner Primarschulen von 139 bewerteten Ländern auf Rang 127, hinter Honduras, Bolivien und Ecuador. Was die ökonomischen Folgekosten von Verbrechen und Gewalt betrifft, belegt es Rang 123, und beim Punkt «Last staatlicher Regulierungen» schneidet es gar weltweit am schlechtesten ab. Bei allem Erfolg: Lange kann Brasilien die nötigen Reformen nicht hinausschieben.